

Migration und die EU: eine Langzeitperspektive

Zusammenfassung

Die politische Debatte zum Thema Migration konzentriert sich – angesichts der Flüchtlingswelle, die 2015 in der EU eingetroffen ist – verständlicherweise auf kurzfristige Herausforderungen und Kosten. Dieses Briefing hat jedoch die mit der Migration einhergehenden langfristigen Herausforderungen und Chancen für die EU zum Thema und stützt sich auf die vorausschauende Arbeit im Rahmen des Europäischen Systems für strategische und politische Analysen (ESPAS). Es werden drei Bereiche identifiziert, die in der Zeit bis 2030 und darüber hinaus starke politische Lösungen auf verschiedenen Ebenen erfordern: der demografische Wandel und seine Folgen für das Arbeitskräfteangebot; die Integration von Migranten; und die internationale Dimension der Migration, darunter die Prävention und Bewältigung von Flüchtlingskrisen. Die zugrundeliegende Annahme ist, dass eine antizipierende Politik (ein vorausschauendes Management) besser und effektiver als eine Reaktionspolitik (Krisenmanagement) ist.

Da durch die mit der Migration einhergehenden Herausforderungen viele sektorale und institutionelle Grenzen überschritten werden, ist eine umfassende und koordinierte Lösung erforderlich. Dies wiederum ist ein Argument für eine gemeinsame und strategische Politikanalyse sämtlicher EU-Institutionen. Mit einem kontinuierlichen Dialog, einem Austausch vieler verschiedener Perspektiven und einer Fokussierung auf mittel- und langfristige Zielsetzungen ist es möglich, sich gemeinsam auf Herausforderungen und Optionen zu verständigen.



In diesem Briefing:

- Untersuchung von Migrationstrends
- Wirtschaftliche und demografische Aspekte
- Aufnahme und Integration von Migranten
- Die internationale Dimension
- Reaktion auf Flüchtlingsströme
- Schlussfolgerung

Untersuchung von Migrationstrends

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, hat erklärt: „In allzu vielen Politikfeldern wurde versäumt, nachhaltige Lösungen zu finden [...]. Das muss sich ändern.“ Dies gilt auch für das Thema Migration. Im ESPAS-Bericht wird hervorgehoben, dass die EU-Migrationspolitik bis 2030 an die sich verändernden Bedürfnisse der europäischen Wirtschaft und den gegenwärtigen Charakter der Mobilitätsmuster angepasst werden muss.¹ Darüber hinaus ist es durchaus möglich, dass die Migration, insbesondere entlang der Süd-Süd-Routen, weiter zunimmt,² und dass große Migrationsbewegungen, die durch Überschwemmungen, Dürren und Nahrungsmangel ausgelöst werden, Einfluss auf Europa nehmen können.³

Im ESPAS-Bericht wird zudem darauf hingewiesen, dass aufgrund der Globalisierung mehr Migrationsbewegungen stattfinden. Der grenzüberschreitende Geschäftsverkehr hat zugenommen und auch Medien sind über die Grenzen hinweg nun leichter zugänglich. Aufgrund von technologischen Fortschritten, die es inzwischen einfacher und preiswerter machen, zwischen Ländern zu reisen und, unabhängig von der Distanz, in Kontakt zu bleiben, wird Migration immer mehr zu einer wählbaren Option. Dies kann in einem gewissen Ausmaß durch technologische Fortschritte, die den Trend in Richtung Outsourcing erleichtern, ausgeglichen werden. Call Center zum Beispiel bieten Arbeitsplätze in Ländern wie Indien, um für Verbraucher in Europa Dienstleistungen zu erbringen. Die EU wird jedoch aus einer Vielzahl von Gründen, wie z. B. wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität, hohe Lebensstandards und eine relativ hohe Toleranz für Diversität, ein attraktives Ziel für Migranten bleiben.⁴

Wirtschaftliche und demografische Aspekte

Das Zusammenspiel von demografischen und arbeitsmarktbezogenen Trends hat Auswirkungen auf die Migrationsdebatte.⁵ Europa wird Hochrechnungen zufolge 2030 das höchste Durchschnittsalter aller Kontinente haben; die Nachbarregionen werden zu den Regionen mit dem niedrigsten Durchschnittsalter gehören.⁶ Das Szenario eines alternden Europas und eines hohen Jugendanteils im Mittleren Osten und in Nordafrika scheint Potenzial für eine nutzbringende Zusammenarbeit über das Mittelmeer hinweg zu besitzen. In der Europäischen Migrationsagenda werden frühere Hochrechnungen zitiert, wonach die europäische Erwerbsbevölkerung zwischen 2020 und 2030 um 5,2 Millionen zurückgehen wird.⁷ Der EU-Bericht 2015 zum Thema demografische Alterung enthält weitere Einzelheiten. Demnach besteht ein relativ stabiles Arbeitskräfteangebot zwischen 2013 und 2023 (Altersgruppe 20–64), gefolgt von einem Rückgang von 8,2 % zwischen 2023 und 2060. Dies entspricht einem Rückgang von 19 Millionen Menschen in der EU-Erwerbsbevölkerung.⁸ Vor diesem Hintergrund kann die Migration offensichtlich eine Teillösung für eine erhebliche demografische Herausforderung darstellen.⁹

Eine eingehendere Analyse verkompliziert die Angelegenheit. Es wird davon ausgegangen, dass die europäische Wirtschaft Arbeitsplätze für qualifizierte und nicht für unqualifizierte Arbeitskräfte schafft, insbesondere wenn die Digitalisierung zu einem starken Beschäftigungsrückgang in Kategorien mit

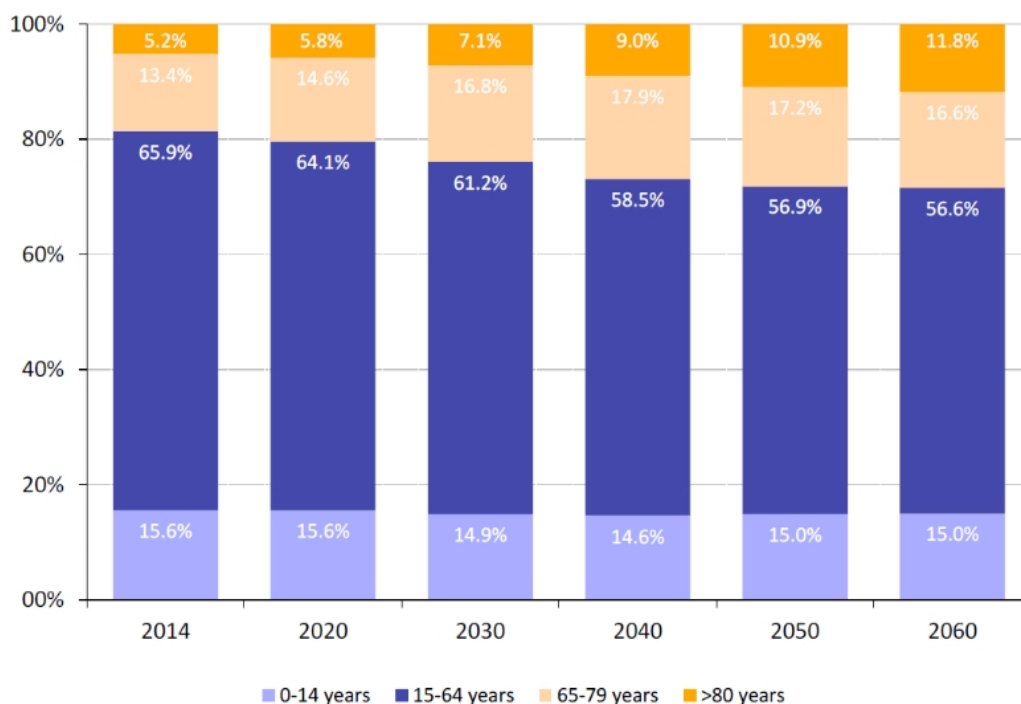
Das Europäische System für strategische und politische Analysen (ESPAS)

Das Europäische System für strategische und politische Analysen (ESPAS) dient dazu, die kollektive administrative Fähigkeit der EU zur Voraussicht zu stärken. Es wird versucht, wesentliche globale Trends zu ermitteln und den Entscheidungsträgern der teilhabenden Institutionen sachkundige, aktuelle Analysen von langfristigen politischen Herausforderungen und Optionen zu liefern. Es handelt sich um eine gemeinsame Initiative des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, des Europäischen Rats und des Europäischen Auswärtigen Dienstes mit dem Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss als Beobachter.

In der ESPAS-Publikation aus dem Jahr 2015 mit dem Titel „Global Trends to 2030: Can the EU meet the challenges ahead?“ wurden wichtige vorherrschende und aufkommende Trends in drei breite Kategorien zusammengefasst: i) wirtschaftlicher und technologischer Wandel; ii) sozialer und demokratischer Wandel; und iii) geopolitischer Wandel.

niedrigem Qualifikationsniveau führt, wie einige vorhersagen.¹⁰ Es ist nicht offensichtlich, dass Migranten von Nachbarregionen über das Kompetenzprofil verfügen werden, das die wissensbestimmte Wirtschaft benötigen wird. Durch eine Phase der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation würde auch die Arbeitsnachfrage reduziert. In Verbindung hiermit werden Entscheidungen hinsichtlich einer Vielzahl von Themen – Rentenalter, lebenslanges Lernen, Finanzierung von Gesundheits- und Sozialdiensten für Senioren, um nur einige zu nennen – das Ausmaß und den Charakter von Arbeitsmarktdefiziten in Europa während der kommenden Dekaden beeinflussen.

Abbildung 1: Bevölkerungsstruktur der EU-28 nach Altersgruppen, 2014–2060 (% der Gesamtbevölkerung)



Quelle: Karakas, „[Economic challenges and prospects of the refugee influx](#)“, ERPS, 2015.

Verlässliche Hochrechnungen zu den erwarteten Bedürfnissen des Arbeitsmarktes auf kurze und mittlere Sicht können Vorgaben für politische Entscheidungen, zum Beispiel über die Kriterien der Aufnahme von Migranten, liefern. Gegenwärtig bevorzugt die Politik qualifizierte Migranten. Der Fortschritt der digitalen Wirtschaft legt nahe, dass dieser Ansatz beibehalten und sogar weiterentwickelt werden sollte. Es ist schwierig, zuverlässige Prognosen aufzustellen, und die Schwierigkeit steigt mit der Länge des Zeitrahmens. Nichtsdestotrotz müssen die Kapazitäten zur Datenerhebung und Datenanalyse in Bezug auf Arbeitsmarkttrends durch eine angemessene kurzfristige Strategie erhöht werden, nicht nur auf europäischer, sondern auch auf nationaler und regionaler Ebene.¹¹ Bessere Kapazitäten für eine Früherkennung von sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen sorgen für eine bessere Grundlage für die Anpassung von politischen Strategien zur Reflektion von strategischen Bedürfnissen.

Aufnahme und Integration von Migranten

Eine erfolgreiche Integration von Migranten ist wünschenswert. Einem kürzlich veröffentlichten gemeinsamen Bericht der OECD und der Kommission zufolge trägt die aktive Teilhabe von Immigranten und ihren Kindern am Arbeitsmarkt und, im Allgemeinen, am öffentlichen Leben entscheidend zum sozialen Zusammenhalt im Aufnahmeland und dazu bei, dass Migranten sich als autonome, produktive und erfolgreiche, selbstverwirklichte Bürger verhalten.¹² Eine Vielzahl von politischen Strategien und Programmen haben Einfluss auf den Fortschritt der Integration.¹³ In der Anfangsphase sind die Aufnahmevorkehrungen, die Prüfung und Anerkennung von Qualifikationen sowie die Möglichkeiten, die Sprache des Aufnahmestaats zu lernen – und seine Gesetze und Gepflogenheiten zu verstehen –, zu klären.

Auf mittlere und lange Sicht müssen die Umstände der zweiten Generation berücksichtigt werden. Dies bringt andere Herausforderungen und Chancen mit sich. Im Bildungsbereich können Probleme mit der Schulreife und schlechten Schulleistungen aufkommen, wenn zu Hause eine andere Sprache gesprochen wird, als im Klassenzimmer, insbesondere wenn die Familie auch noch über einen niedrigeren sozioökonomischen Status verfügt. Auf dem Arbeitsmarkt wurden bereits viele Fälle von Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft dokumentiert, was eine unnötige Barriere für eine erfolgreiche Integration schafft.¹⁴ Im Gesundheits- und Sozialbereich wie auch im Bereich der Strafverfolgung können Sprachbarrieren schlechtere Ergebnisse bei Klienten mit Migrationshintergrund bedingen.¹⁵ Durch diese Art von Problemen wird deutlich, dass der Integrationsfortschritt eine komplexe Mischung aus lokalen, nationalen und europäischen Entscheidungen über eine Vielzahl von Dienstleistungen und Programmen hinweg reflektiert.

Die von der OECD und der Kommission veröffentlichte Publikation mit dem Titel „Indicators of Immigrant Integration 2015“¹⁶ liefert wertvolle Details über die Situation in den OECD- bzw. EU-Ländern. Durch einige der Forschungsergebnisse wird erneut ins Gedächtnis gerufen, dass die Integration von Immigranten häufig gut voranschreitet. In der EU beispielsweise verbessert sich die Schulleistung von Kindern mit Migrationshintergrund mit der Länge ihres Aufenthalts im Aufnahmestaat, und die Leistung der im Aufnahmeland geborenen Nachkommen von Immigranten übersteigt die Leistung jener, die während ihrer Kindheit dort ankommen. Die zugewanderte Bevölkerung hinkt jedoch hinterher, was zentrale Maßnahmen betrifft. Dies zeigt sich zum Beispiel an dem Anteil, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, und an der Jugendarbeitslosigkeit.

Diese Art von Daten müssen sorgfältig beobachtet werden, damit festgestellt werden kann, ob zugewanderte Gemeinschaften sich dem nationalen Durchschnitt angleichen oder in eine Armutsfalle geraten. Vergleichende Analysen von grenzübergreifenden Daten können helfen, erfolgreichere Strategien zu entwickeln. Das internationale Ranking der politischen Strategien für die Integration von Migranten (Migrant Integration Policy Index – MIPEX) ist ein gutes Beispiel für diesen Ansatz. Es ist das Ergebnis eines Kooperationsprojekts unter der Leitung des Barcelona Centre for International Affairs (CIDOB) und der Migration Policy Group (MPG).¹⁷

Es gibt keinen einfachen Erfolgsweg für eine erfolgreiche Integration. Mehrere Optionen können jedoch die Chancen auf einen erfolgreichen Ausgang erhöhen. Eine Option ist die Bereitstellung angemessener finanzieller Mittel für Arbeitsplätze, die der Integration förderlich sind. Eines von vielen Beispielen hierfür ist der Europäische Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen. Dieser verfügte im Zeitraum von 2007 bis 2013 über Mittel in Höhe von 825 Mio. EUR, wobei der Betrag durch Allokationen für ähnliche Aktivitäten aus nationalen Quellen sogar überschritten wurde.¹⁸

Migration bedeutet mehr Abnehmer von Gemeinwohldienstleistungen und kann auch mehr Personen mit besonderen Bedürfnissen bedeuten, beispielsweise Menschen, die die Sprache des Aufnahmestaates nur begrenzt beherrschen. Dies stellt eine zusätzliche Belastung für die entsprechenden Dienste dar und schafft einen Bedarf an zusätzlichen Ressourcen. Diese Belastungen sind kostspielig, unmittelbar und äußerst präsent. Die Dividende dieser Ausgaben ist langfristig und relativ ungreifbar. Der Verlauf der öffentlichen Debatte deutet darauf hin, dass das langfristige Wirtschaftswachstum, das mit der gesteuerten Zuwanderung in Verbindung gebracht wird, hervorgehoben werden muss. Auf kurze Sicht gibt es jedoch kaum Alternativen zu zusätzlichen finanziellen Mitteln für Gesundheits-, Bildungs- und Sozialdienste, auch um die Missgunst in der breiten Öffentlichkeit über die Konkurrenz vonseiten der Migranten aufgrund ein knappes Dienstleistungsangebots zu

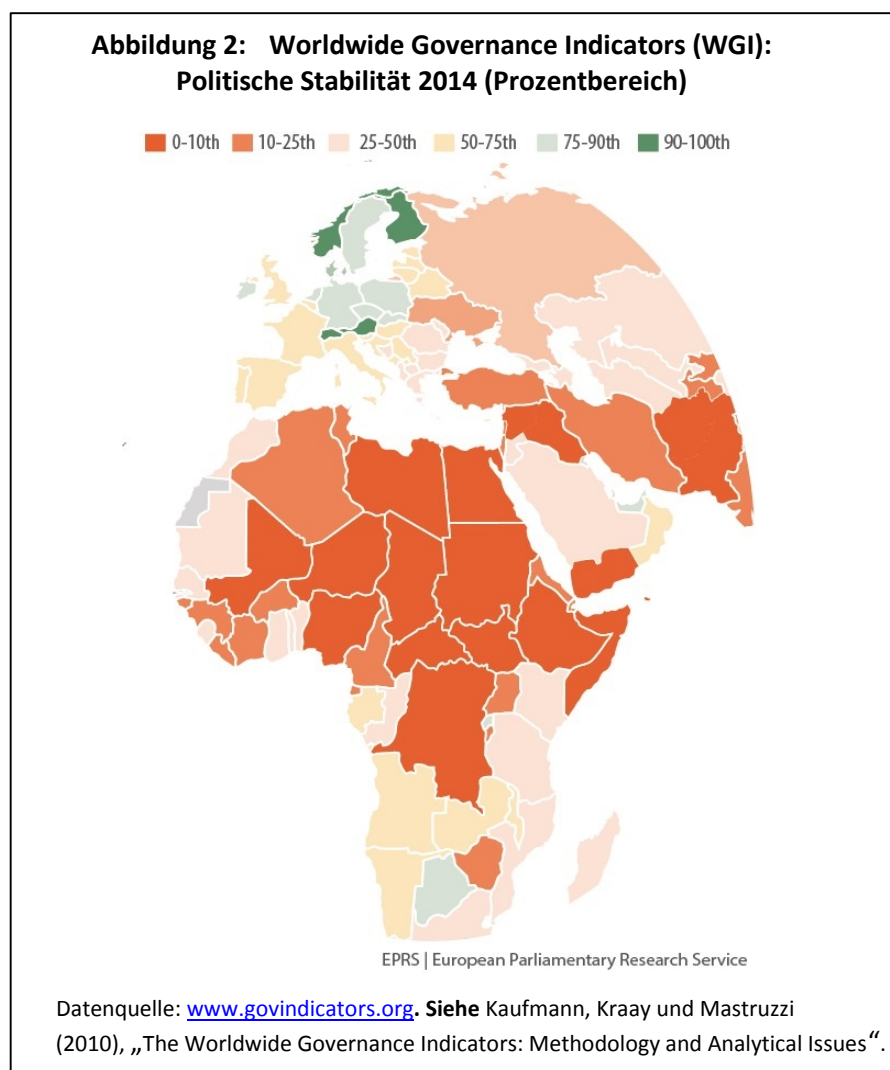


verhindern.

Angemessen finanzierte Dienste können mit der Zeit für eine bessere Integration sorgen. Finanzielle Zuwendungen alleine sind allerdings keine Garantie für Erfolg. Eine effektive Umsetzung von politischen Strategien und Programmen für die Integration ist unerlässlich. Dies wiederum erfordert Kapazitäten für eine eingehende und systematische Folgeneinschätzung; die Evidenzbasis für politische Maßnahmen ist nach wie vor ziemlich rudimentär. Gezielte Investitionen in die Erforschung politischer Strategien – insbesondere wenn diese über nationale Grenzen hinweg koordiniert werden – könnten sich leicht um ein Vielfaches selbst bezahlt machen, indem ineffektive Programme verhindert oder beendet und knappe Ressourcen zu Stellen geleitet werden, wo sie die größte Wirkung haben.¹⁹

Die internationale Dimension der Migration

Die Migration hat sowohl innenpolitische als auch außenpolitische Dimensionen; dies hat sich im Verlauf des Jahres 2015 immer klarer abgezeichnet. Der durch den europäischen Wohlstand generierte Sogeffekt und die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes sind eine Dimension; der Schubeffekt aufgrund der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme im Ausland eine andere. Im ESPAS-Bericht wird bestätigt, dass der Ort und die Intensität der Migrationsströme von fluktuierenden Faktoren (z. B. wirtschaftliche Bedingungen und unmittelbare Konflikte) abhängen werden. Der Publikation der Vereinten Nationen mit dem Titel „Global Humanitarian Overview“ zufolge ziehen sich Krisen sich immer mehr in die Länge.²⁰ Viele Länder in den Nachbarregionen Europas wurden destabilisiert. Der Bedarf an effektiven politischen Strategien für die wirtschaftliche Entwicklung und Konfliktprävention ist offensichtlich.



Die Konzipierung einer Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik ist Bestandteil der politischen Lösung der Europäischen Union.²¹ Die aktuelle Fokussierung der Sicherheitsdimension in den Beziehungen zu Nachbarregionen darf nicht von der vermeintlich „leichteren“ Arbeit an der demokratischen Rechenschaftspflicht, den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit ablenken. Wie in einem Bericht des European Union Institute for Strategic Studies (EUISS)²² dargelegt, weisen die EU-Beziehungen zu Westafrika auf einen aufkommenden Trend hin: die Aufnahme von Bestimmungen über die Koordination von Sicherheit, Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung in Handels- und Hilfsabkommen. Die Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren und Strafverfolgungsbehörden ist von wesentlicher Bedeutung, doch dies sollte nicht in einer Herabstufung der allgemeinen Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft resultieren. Die Kultivierung einer starken Zivilgesellschaft bleibt ein wichtiges Element der langfristigen, nachhaltigen Entwicklung. Elemente wie Unterstützung einer verantwortungsvollen Staatsführung, Konfliktlösung und Vertrauensaufbau nach Konflikten sind nach wie vor relevant. Die Bemühungen dürfen nicht durch Entwicklungshilfemüdigkeit gehemmt werden. Allerdings scheint ein systematischerer Ansatz, was das Lernen aus der Vergangenheit betrifft, angemessen. In Nachkonfliktsituationen beispielsweise spricht vieles dafür, der Vergangenheit angehörenden Groll durch sorgfältig durchgeführte Wahrheits- und Versöhnungsprozesse hinter sich zu lassen. Der Gedanke, eine elitäre Task Force für besonders hartnäckige Krisen einzurichten, hat ebenfalls an Zuspruch gewonnen. Es scheint schwieriger zu sein, gut gemeinte Initiativen, die nicht funktionieren, zu beenden: Dies deutet darauf hin, dass stärkere Mechanismen notwendig sind, um Ressourcen auf Ansätze zu verlagern, die sich bereits als effektiv erwiesen haben.

Es wurde bereits viel über die Hebel diskutiert, die der EU zur Verfügung stehen, um konstruktives Engagement von Drittstaaten in Sachen Krisenmanagement und Konfliktlösung anzuregen bzw. zu belohnen. Da sich die EU vielmehr in einer Phase der Konsolidierung als in einer Phase der Erweiterung befindet, sollten durchführbare und attraktive Alternativen zu einer Mitgliedschaft (wie z. B. verbesserte Formen der Assoziierung) ausgearbeitet werden. Dies kann durch eine unabhängige Prüfung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von externen EU-Abkommen auf die Partnerländer inspiriert werden. EU-Abkommen mit Entwicklungsländern zielen auf eine nachhaltige Entwicklung ab. Es ist allerdings schwierig, festzustellen, ob sie diese Zielsetzung erreichen. Häufig sind keine zuverlässigen Daten vorhanden; nahezu 50 Länder in Afrika südlich der Sahara haben in den letzten zehn Jahren keinen Zensus durchgeführt. Die Kapazitäten für genaue Folgenabschätzungen sind nach wie vor unterentwickelt. Durch strategische Investitionen kann für beide Defizite Abhilfe geschaffen werden.

Gruppen, die in der Diaspora leben, schaffen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Beziehungen zwischen ihren alten und neuen Ländern. Aus Zahlungsbilanzstatistiken geht beispielsweise hervor, dass Rücküberweisungen von Migranten die internationale Entwicklungshilfe weit übersteigen – dies alleine schafft einen Anreiz, mehr Bürger ins Ausland zu senden. Doch bisher wurde hinsichtlich der Möglichkeit, Migrantengemeinschaften zu mobilisieren, um wieder für Stabilität und Wohlstand in ihren Herkunftsländern zu sorgen, nur wenig getan. Die Sicherheitsdimension – die Finanzierung und auch die direkte Konfliktbeteiligung – ist eine berechtigte Sorge. Ein neuer Blick auf die Diaspora, um beispielsweise die Möglichkeit von Beiträgen zum Wiederaufbau und zur Versöhnung nach Konflikten zu prüfen, scheint überfällig.

Reaktion auf Flüchtlingsströme

Die aktuelle Flüchtlingskrise erfordert enorme Anstrengungen zur Bewältigung unvorhergesehener Herausforderungen. Eine Reihe von Instrumenten und innovativen Maßnahmen wurde bereits entwickelt.²³ Es herrscht ein breiter Konsens, was das Erfordernis einer besseren Koordination und eines besseren Dialogs zwischen der Vielzahl an relevanten Akteuren betrifft, darunter die verschiedenen EU-Dienststellen für Justiz und Inneres, die Dienststellen in den Mitgliedstaaten und die Auslandsmissionen der EU und der Mitgliedstaaten. Der Bedarf ist umso akuter, wenn effektive Lösungen von Maßnahmen in vielen Bereichen abhängig sind, wie es hier der Fall ist. Das Ausmaß und die Struktur zukünftiger Migrationsströme werden durch eine Vielzahl von Faktoren, die von der Wirtschaftsentwicklung und vom

Klimawandel bis hin zur Lebensmittelsicherheit reichen, beeinflusst werden.

Inmitten einer Krise ist es dennoch wichtig, langfristig zu denken. Es ist wichtig, die EU mit zeitnahen Reformen besser auf künftige Notsituationen vorzubereiten, wobei anderen Fragen ebenfalls Beachtung geschenkt werden muss. Eine Frage betrifft den langfristigen, umfangreichen Finanzierungsbedarf. Eine weitere bezieht sich auf die Verteilung der Kompetenzen auf die verschiedenen Politik- und Verwaltungseinheiten. Ein dritter Punkt ist das Erfordernis, die Kapazitäten für gemeinsame Analysen in den verschiedenen Institutionen und Dienststellen zu verbessern, um die EU besser für die Antizipation künftiger Herausforderungen auszustatten. Wie im ESPAS-Bericht nahegelegt und in der Flüchtlingskrise deutlich wird, benötigt die EU dringend stärkere interinstitutionelle Kapazitäten zur Entwicklung und Durchführung gemeinsamer politischer Initiativen und Strategien im Bereich der Migration.

Schlussfolgerung

Das wünschenswerte Ergebnis der EU-Migrationspolitik ist eine Zukunft, die Stabilität, Wohlstand und Sicherheit für jedermann bietet. Hieraus folgt, dass Erfolg auf mittlere und lange Sicht anhand einer Vielzahl von Kriterien beurteilt wird. Zu diesen Kriterien zählen:

- das Ausmaß der gesteuerten Migrationsströme
- die Fähigkeit, die Grenzen der EU zu schützen
- der positive Beitrag der Migration zum Wirtschaftswachstum
- der Erfolg der Anstrengungen, was die Förderung von Integration und die Verhinderung von Ghettoisierung betrifft
- der Erfolg der Bemühungen um die Bewältigung der zugrundeliegenden Ursachen der Flüchtlingskrisen und
- die Einhaltung der Verpflichtungen gemäß dem humanitären Völkerrecht.

Die Herausforderung ist komplex und hat wirtschaftliche, soziale und geopolitische Dimensionen. Die Migrationspolitik wird sich mit der Politik in vielen anderen Bereichen überschneiden. Dies legt nahe, dass strategische politische Maßnahmenpakete sowie ein breites Einvernehmen über die Arbeitsteilung, Lastenteilung und Verteilung von Kompetenzen unter den EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und anderen einschlägigen Einrichtungen erforderlich sind.

Durch die aktuelle Situation wird das Argument für eine gemeinsame und strategische Politikanalyse in den EU-Institutionen bekräftigt. Ein kontinuierlicher Dialog, ein Austausch verschiedener Perspektiven und eine Fokussierung auf mittel- und langfristige Zielsetzungen stellen eine Möglichkeit dar, sich gemeinsam auf Herausforderungen und Optionen zu verständigen.

Die vielleicht einzige Gewissheit ist, dass das Migrationsphänomen bis weit in die Zukunft anhalten wird. Wie Ban Ki-moon einmal sagte, „ist Migration ein Ausdruck des menschlichen Strebens nach Würde, Sicherheit und einer besseren Zukunft – ein Teil des Sozialgefüges bzw. ein Teil unserer Struktur als menschliche Familie“.²⁴

Wichtige Quellen

- ESPAS (Europäisches System für strategische und politische Analysen), „Global Trends to 2030: Can the EU meet the challenges ahead?“, 2015.
- Hoorens, Stijn et al., „Europe's Societal Challenges. An analysis of global societal trends to 2030 and their impact on the EU“. RAND: Brüssel 2013.
- Europäische Kommission, „Die Europäische Migrationsagenda“, COM(2015) 240 final, 13.5.2015.
- OECD/EU, „Indicators of Immigrant Integration“, OECD: Paris 2015.

Endnoten

- ¹ [ESPAS, „Global Trends to 2030: Can the EU meet the challenges ahead?“](#), S. 79; und Hoorens et al., RAND 2013, „[Europe's Societal Challenges](#)“.
- ² ESPAS, „Global Trends to 2030“, S. 17.
- ³ ESPAS, „Global Trends to 2030“, S. 37.
- ⁴ European Commission, „[Die Europäische Migrationsagenda](#)“, COM(2015) 240 final, 13.5.2015, S. 2; und Hoorens et al., „[Europe's Societal Challenges](#)“, S. 30.
- ⁵ Eatock, „The silver economy. Opportunities from ageing“, EPRS, Juli 2015; Delivorias und Sabbati, „EU demographic indicators“, EPRS, März 2015.
- ⁶ Hoorens et al., „[Europe's Societal Challenges](#)“, S. 17 f.
- ⁷ European Commission, „[Die Europäische Migrationsagenda](#)“, COM(2015) 240 final, 13.5.2015, S. 51.
- ⁸ European Commission, „[The 2015 Ageing Report](#)“, 2015.
- ⁹ Hoorens et al., „[Europe's Societal Challenges](#)“, S. xv.
- ¹⁰ Frey and Osborne, „[The Future of Employment: How susceptible are jobs to computerisation?](#)“, 2013.
- ¹¹ Vgl.: Ausschuss der Regionen, Stellungnahme, „Zukunftsvision der Städte und Regionen für 2050“, 3./4. Dezember 2015 zur Notwendigkeit besserer Daten, insbesondere auf lokaler Ebene.
- ¹² [OECD/EU, „Indicators of Immigrant Integration 2015“](#).
- ¹³ OECD, Making Integration Work 2016, http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/making-integration-work-humanitarian-migrants_9789264251236-en.
- ¹⁴ Eines von vielen Beispielen dieser Art von Studien: Wood et al., „[A test for racial discrimination in recruitment practice in British cities](#)“, 2009.
- ¹⁵ Wollscheid et al., „[Effect of interventions to facilitate communication between families or single young people with minority language background and public services: a systematic review](#)“, 2015.
- ¹⁶ [OECD/EU, „Indicators of Immigrant Integration 2015“](#), insbesondere S. 11–12.
- ¹⁷ Migrant Integration Policy Index 2015, <http://www.mipex.eu/>.
- ¹⁸ European Commission, [Europäischer Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen](#), Integrationsfonds 2007-2013.
- ¹⁹ Vgl.: The PEW Charitable Trusts, „Evidence-Based Policymaking: [A Guide for Effective Government](#)“, 2014; und NESTA, „[Evidence for Social Policy and Practice](#)“, 2011.
- ²⁰ UN, OCHA, „[Global Humanitarian Overview](#)“ 2016.
- ²¹ [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#), 25./26. Juni 2015.
- ²² Brady and Parkes, „[EU home affairs diplomacy: why, what, where – and how](#)“, EUISS 2015, S. 53–54.
- ²³ EPSC, „Legal Migration in the EU“, EPSC Strategic Notes 2/2015; „[Die Europäische Migrationsagenda](#)“, Stand: 14. Oktober 2015.
- ²⁴ „Secretary-General's remarks to High-Level Dialogue on International Migration and Development“, Oktober 2013. <http://www.un.org/sg/statements/index.asp?id=7175>.

Zur Kontaktaufnahme mit dem Referat Global Trends wenden Sie sich bitte per E-Mail an:

EPRS-GlobalTrend@ep.europa.eu



Redaktionsschluss: Mai 2016. Brüssel © Europäische Union, 2016.

Fotonachweise: Kagenmi/Fotolia.com (S. 1); wavebreakmedia/Shutterstock.com (S. 4).

Die hier vertretenen Auffassungen geben die Meinung des Verfassers wieder und entsprechen nicht unbedingt dem Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung dieses Dokuments – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

www.europarl.europa.eu/thinktank (Internet) www.eptthinktank.eu (Blog) www.eprs.sso.ep.parl.union.eu (Intranet)